kommissionen in den Rang von gesellschaftlichen Gerichten erhebt und sie beauftragt, Rechtsprechung auszuüben, bestimmt sie diese gesellschaftlichen Organe als wesentlichen Bestandteil des Systems der Rechtspflege in der DDR, als einen entscheidenden Träger sozialistischer Rechtsprechungsfunktionen. Mit dieser Ausgestaltung der Tätigkeit der gesellschaftlichen Gerichte wird das Ineinander-verflochten-Sein staatlicher und unmittelbar gesellschaftlicher Reaktionen im Kampf gegen Rechtsverletzungen und zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten verfassungsrechtlich weiter vertieft.

Die gesellschaftlichen Gerichte sind Subjekte der Leitung gesellschaftlicher Prozesse, Organe der unmittelbaren Machtausübung durch die Werktätigen selbst. Sie sind im System der Staatsordnung selbständige Teilhaber an der Leitung der Gesellschaft¹. Diese Leitungsfunktion üben sie in einer spezifischen Form sozialistischer Leitungstätigkeit aus, nämlich durch die Rechtsprechung. Die Verfassung gliedert die gesellschaftlichen Gerichte folgerichtig in das System der Leitung der Rechtsprechung durch das Oberste Gericht ein (Art. 93; § 15 Abs. 1 GGG)^{4 5 6}.

Die Integration der gesellschaftlichen Gerichte in das System der Organe der Rechtsprechung und ihrer Leitung erhöht die Verantwortung der staatlichen Rechtspflegeorgane, der örtlichen Staatsorgane und der Gewerkschaften⁰; sie stellt für Wissenschaft und Praxis völlig neue Aufgaben⁷. Generell muß z. B. die Frage beantwortet werden, inwieweit einschlägige Leitungsdokumente des Obersten Gerichts und der Plenen und Präsidien der Bezirksgerichte, die Arbeitsweise der Kreisgerichte gegenüber den gesellschaftlichen Gerichten sowie nicht zuletzt wissenschaftliche Meinungen einer Weiterentwicklung bzw. Veränderung bedürfen⁸.

Die sozialistische Verfassung hat zur Aufgabe gestellt, ein Gerichtssystem, ein System von Rechtsprechungsorganen zu schaffen, in dem staatliche wie gesellschaftliche Gerichte ihren Platz haben. *Das gemeinsame Wirken staatlicher und gesellschaftlicher Gerichte* zur Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit — konkret z. B. zur Zurückdrängung der Kriminalität — ist das qualitativ Neue in der Stellung der Konflikt- und Schiedskommissionen. Ihm dient die Charakterisierung dieser Organe als gesellschaftliche Gerichte in der Verfassung und die weitere Bestimmung ihrer prinzipiellen Stellung. Es geht in der staatlichen Tätigkeit um die „grundlegende Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Bürgern“, wobei „die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

erstrangige Bedeutung erlangt“⁹. Deshalb gewinnt das Zusammenwirken staatlicher und gesellschaftlicher Gerichte an Bedeutung, ist die Weiterentwicklung der Tätigkeit der Konflikt- und Schiedskommissionen Ausdruck der sozialistischen Demokratie, der wachsenden Einheit von Staat und Gesellschaft.

Nach § 3 GGG haben die gesellschaftlichen Gerichte insbesondere beizutragen

- zum Schutz der Rechte und zur Wahrung der gesetzlich geschützten Interessen der Bürger,
- zur Gestaltung der sozialistischen Beziehungen der Bürger im gesellschaftlichen Zusammenleben und zu ihrem Staat,
- zur Unterstützung der Gewerkschaften bei der Wahrnehmung ihres verfassungsmäßigen Rechts auf Mitbestimmung in den Betrieben,
- zur Förderung der schöpferischen Kräfte der Menschen und der gesellschaftlichen Verhältnisse im Betrieb und im Wohngebiet.

Diese konkrete Ausgestaltung des Ziels der Tätigkeit der gesellschaftlichen Gerichte mündet in die allgemeine Bestimmung der Aufgaben der Rechtspflege und in den besonderen Auftrag zur Bekämpfung und Verhütung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen, wie sie Art. 90 der Verfassung — für alle Rechtspflegeorgane gleichermaßen verbindlich — enthält.

Bei alledem darf jedoch nicht außer acht bleiben, daß zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Gerichten Unterschiede bestehen, auf die bereits die Verfassung hinweist. So bestimmt Art. 94 Abs. 1, wer Richter, nicht aber, wer Mitglied eines gesellschaftlichen Gerichts sein kann. Die Anforderungen an Mitglieder der Konflikt- und Schiedskommissionen regelt § 7 GGG. Ein Vergleich beider Bestimmungen läßt zwar die gemeinsame Zielrichtung deutlich werden; jedoch ergeben sich z. B. Unterschiede daraus, daß die Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte die soziale Struktur ihres Bereichs repräsentieren. Auch die Unterschiede im Umfang und im Grad der Kompliziertheit der sachlichen Zuständigkeit der staatlichen und der gesellschaftlichen Gerichte bedingen unterschiedliche gesetzliche Anforderungen an die Person eines Richters und an die eines Mitglieds eines gesellschaftlichen Gerichts. Aber in der prinzipiellen verfassungsrechtlichen Stellung sind Richter, Schöffen und Mitglieder gesellschaftlicher Gerichte gleich. Sie sprechen Recht, werden demokratisch gewählt, erstatten ihren Wählern Bericht über ihre Arbeit und können von ihnen aberufen werden, wenn sie gegen die Verfassung oder die Gesetze verstoßen oder sonst ihre Pflichten gröblich verletzen (Art. 95). Sie sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur an die Verfassung, die Gesetze und anderen Rechtsvorschriften der DDR gebunden (Art. 96).

Die Differenzierung hinsichtlich der Anforderungen an einen Richter und an ein Mitglied eines gesellschaftlichen Gerichts ist kein Zugeständnis, sondern eine Konsequenz, die sich aus ihrer Tätigkeit ergibt. Die sachliche Zuständigkeit des gesellschaftlichen Gerichts macht es möglich und — gemessen am Stand der Entwicklung der sozialistischen Demokratie — notwendig, daß Bürger, die die im Gesetz genannten Anforderungen erfüllen, als Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte an der Rechtspflege mitwirken können. Das ist das Ergebnis der Tätigkeit des sozialistischen Staates, der „durch allseitige Förderung des Staatsbewußtseins (einschließlich des Rechtsbewußtseins — F. P.), durch das sozialistische Bildungssystem und durch vielseitige Organisationsformen die umfassende Weiterentwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft, die

9 W. Ulbricht, „Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“, NJ 1968 S. 641 ff. (650).

4 Otte (Inhalt und Aufgaben der Konfliktkommissionstätigkeit bei der Entscheidung von Arbeitsrechtssachen und der Einfluß auf die Verbesserung der betrieblichen Leitungstätigkeit, Diss., Berlin 1968 S. 43 f.) spricht davon, daß „sich der staatliche Leiter zur Erfüllung seiner Aufgaben „auch der Konfliktkommission bedient“ und daß „die Konfliktkommissionen in ihrer Tätigkeit einen Teil der Funktion der Gewerkschaften als Schulen des Sozialismus ausüben“. In § 3 GGG ist dagegen ausdrücklich die Rede von einem Beitrag zur Unterstützung der Gewerkschaften, zur Förderung gesellschaftlicher Verhältnisse im Betrieb, der von den Konfliktkommissionen zu leisten ist. Die Konfliktkommission hat nicht darüber zu berichten, wie sie gewerkschaftliche Aufgaben erfüllt oder an der Leitung des Betriebes teilnahm, sondern darüber, wie sie ihre Rechtsprechung ausgeübt hat.

5 Vgl. hierzu Toeplitz, „Die grundlegenden Aufgaben der Gerichte bei der Verwirklichung der sozialistischen Verfassung“, NJ 1969 S. 33 ff. (37); derselbe, „Neue Initiativen bei der Unterstützung der gesellschaftlichen Gerichte“, NJ 1969 S. 131.

6 Vgl. hierzu die Beiträge von Probst / Winkler und Kirmse / Kudernatsch in diesem Heft.

7 Arbeiten zur Leitung der Straf- und Zivilrechtsprechung, die die Tätigkeit der gesellschaftlichen Gerichte auf diesen Gebieten bisher ebensowenig sichtbar machten wie die damit im Zusammenhang stehende Arbeit staatlicher Gerichte, bedürfen unter diesem Gesichtspunkt der Weiterentwicklung.

8 Beispielsweise ist es m. E. notwendig, den Beschluß des Plenums des Obersten Gerichts zur weiteren Vervollkommnung der Leitungstätigkeit der Gerichte vom 18. Oktober 1967 (NJ 1967 S. 689 ff.) in bezug auf die Stellung der gesellschaftlichen Gerichte im Gerichtssystem weiterzuentwickeln.